



Existenz Israels ist Teil deutscher Staatsräson

70 Jahre Israel: Bundestag würdigt Beziehungen zum jüdischen Staat

Zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels hat der Bundestag die besonderen, engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem jüdischen Staat in einer Debatte gewürdigt.

Das Parlament verabschiedete außerdem mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP, der die besondere Verantwortung Deutschland für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels herausstellt. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, sagte: „Sie sollen wissen: Wir stehen an Ihrer Seite.“ Das Jubiläum sei ein Tag großer Freude, aber auch ein Tag großer Sorge, mahnte Kauder mit Blick auf den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland.



CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder spricht im Plenum zum Israelantrag von CDU/CSU, SPD und FDP

In dem Antrag heißt es: „Deutschland und Israel sind und bleiben auf besondere Weise durch die Erinnerung und das Gedenken an die Shoah verbunden.“ Seite 2



Mit Bundeskanzlerin bei Liebherr auf der ILA

Gemeinsam mit der Bundeskanzlerin besuchte Josef Rief auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin Schönefeld den Stand von Liebherr. Das Unternehmen, das im Wahlkreis Biberach ca. 11 000 Mitarbeiter hat und weltweit mit über 40 000 Mitarbeitern aktiv ist, zeigte hier seine Produkte im Bereich Luft-

fahrt. Josef Rief erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel die besondere Bedeutung des Unternehmens für Oberschwaben und die große Innovationskraft der Firma, die ihren Ursprung in Kirchdorf an der Iller hat. Auf Foto 2: Josef Rief im Gespräch mit Firmeninhaber Willi Liebherr (r) und Josef Gropper (l), Geschäftsführer des Liebherr-Standortes Lindenberg. ■

Nächster Sprechtag von Josef Rief:
24. Mai 16 - 18 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach

Josef Rief ist auf Facebook mit
Profil und Fan-Page unter:
www.facebook.com/josefriefmdb



Fortsetzung von Seite 1

Hier liege die bleibende Verantwortung Deutschlands. „Auch aus diesem Grund wird der Deutsche Bundestag seine Bemühungen fortsetzen, jedweder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.“

„Wir stehen an der Seite Israels“

Kauder erinnerte daran, dass Israel der einzige Staat der Welt sei, der jeden Tag um seine Existenz ringen und bangen müsse. Umso größer sei die Freude darüber, dass es Israel gelungen sei, in 70 Jahren einen demokratischen Rechtsstaat zu bauen und zu erhalten.

Kein Platz für Antisemitismus in Deutschland

Mit Blick auf antisemitische Anfeindungen und Übergriffe gegen Juden in Deutschland forderte Kauder die Zivilgesellschaft auf, solchen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Dies gelte für Formen des Antisemitismus,

die es schon zuvor in Deutschland gegeben habe, als auch für Judenfeindlichkeit von Seiten der Zuwanderer. „Alle die, die hier leben wollen - egal, wo sie herkommen -, müssen akzeptieren, dass Antisemitismus in dieser Gesellschaft keinen Platz hat.“

„Jude darf kein Schimpfwort sein“

Die Bezeichnung ‚Jude‘ dürfe kein Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen sein, israelische Flaggen dürften nicht in aller Öffentlichkeit zerrissen werden, sagte Kauder. Bereits gestern hatten Mitglieder der Unionsfraktion, darunter auch Volker Kauder, an der Veranstaltung des Zentralrats der Juden „Berlin trägt Kippa“ teilgenommen. Nach mehreren judenfeindlichen Übergriffen hatte sich in der Berliner Fasanenstraße tausende Menschen zu einer Solidaritätskundgebung getroffen. ■

Kernanliegen: Innere Sicherheit - Unionsfraktion spricht über Pakt für den Rechtsstaat

Innere Sicherheit ist eines der Kernanliegen der Unionsfraktion. Die Zahl der erfassten Straftaten ist 2017 in Deutschland so stark zurückgegangen wie seit 25 Jahren nicht mehr. Trotzdem fehlen überall Polizei- und Sicherheitskräfte, Beamte und Gerichte sind überlastet. Wie die Lage entschärft werden kann und welche Maßnahmen zur Unterstützung eines starken Staates getroffen werden können, war das Thema des ersten Fraktionskongresses dieser Wahlperiode.

Unter dem Titel „Pakt für den Rechtsstaat - zur Stärkung von Justiz und Polizei“ diskutierten Vertreter aus Politik, Sicherheitsbehörden und Justiz mit der Unionsfraktion. Wie kann man den Polizei- und Sicherheitsapparat im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus weiter stär-



ken? Dazu zählen auch Maßnahmen zur schnelleren Abschiebung von Gefährdern, sowie eine verbesserte grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung. ■

Agrargespräch mit EU Parlamentariern

Im Bundestag diskutierte die Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Unionsabgeordneten des Europaparlaments, die für Landwirtschaft zuständig sind, die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2020, die Folgen des Brexits und den mehrjährigen Finanzplan der EU. Mit dabei war auch der CDU-EU-Abgeordnete aus Württemb.-Hohenz., Norbert Lins. ■



Parlamentariergruppen eingesetzt - Josef Rief zum stellvertretenden Vorsitzenden ernannt

In dieser Woche setzte der Bundestag die Parlamentariergruppen ein, die die Beziehungen zu Parlamentariern anderer Länder aufrecht erhalten. Josef Rief ist nun

Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe. Rief pflegt enge Kontakte nach Griechenland und war des Öfteren zu Gesprächen in der Hauptstadt Athen und in verschiedenen Regionen des Mittelmeerlandes. ■